

# Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus

Uwe Doering, MdA

Parlamentarischer Geschäftsführer,

Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

fon: 030 23 25 -25 09 fax: -25 15

doering@linksfraktion-berlin.de



## 1. Die Privatisierung der Sparkasse? (s. 1-2)

## 2. Aus der BVV Treptow-Köpenick (s. 2)

Vor fünf Jahren beschlossen die rot-grüne und im Anschluss daran die rot-rote Koalition, die Bankgesellschaft Berlin mit einer Beihilfe (Risikoabschirmung) zu retten. So konnte man damals die Zerschlagung des Unternehmens, mit allen damit verbundenen Risiken, verhindern. Der Stein des Anstoßes – die Sparkasse – ist dabei ein Teil der Bankgesellschaft. Durch die damals umstrittene Zustimmung zur Risikoabschirmung wurde das Unternehmen Sparkasse in seinem Fortbestand gesichert.

### Der Hintergrund

Die Bankgesellschaft wurde in den neunziger Jahren durch die damalige Große Koalition mit dem Ziel gebildet, ein Kapitalbeschaffungsinstitut für die Finanzierung der Entwicklung der Infrastruktur des wiedervereinigten Berlins zu schaffen. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um einen Zusammenschluss der drei städtischen Bankinstitute – Sparkasse/LBB, Berliner Bank und Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank. Das Eigenkapital des Unternehmens war jedoch deutlich zu hoch bewertet, was eine expansive Ausweitung des Bankgeschäfts ermöglichte. Absicherung fand das Konstrukt in der gesamtschuldnerischen Haftung der LBB, und damit in der Vollhaftung des Landes Berlin für die Transaktionen des Bankkonzerns.

### Die Geschichte

Durch dubiose Geschäftstaktiken im Immobiliendienstleistungsbereich – nach einem Schneeballsystem wurden Fondsanteile vertrieben, die zu Lasten des Landes mit umfassenden Garantien und Sicherungen versehen waren – wurde der Konzern zunächst zur Nummer 1 im bundesweiten

Immobilienfondsgeschäft. Der Immobilienmarkt gab die prognostizierten Anlagechancen jedoch niemals her. Von 1999 an geriet der gesamte Bankkonzern durch das Immobiliengeschäft in das ökonomische Chaos. Im Jahre 2001 war die Lage nicht mehr beherrschbar. Es drohten die Schließung der Bank, der Ausfall des Zahlungsverkehrs und die Zerschlagung mit allen sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen forderte im Jahre 2001 vom Land Berlin eine Garantieerklärung über die Risiken aus dem Immobiliengeschäft abzugeben, was mit der Risikoabschirmung dann auch erfolgte.



### Das erste Problem

Europarechtlich gesehen handelt es sich bei dieser Garantieerklärung jedoch um eine staatliche Beihilfe, die der Notifizierungspflicht der EU-Kommission unterliegt. Durch Entscheidung der EU-Kommission wurde die Beihilfe schließlich am 18. Februar 2004 bewilligt, allerdings unter der Bedingung der Zusage der Bundesrepublik Deutschland, dass Berlin seine Beteiligung am

Bankkonzern bis zum Ende des Jahres 2007 abgeben müsse. Die Beteiligungsabgabe wird ebenso durch die EU-Kommission reglementiert, indem diese festhält: „Deutschland stellt sicher, dass das Land Berlin ein *offenes, transparentes und diskriminierungsfreies Veräußerungsverfahren* einleitet, sobald der Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG für das Jahr 2005 gebilligt wurde, und dieses bis zum 31. Dezember 2007 abschließt.“ Ferner – das ergibt die Beihilfevereinbarung – muss die Rentabilität des Unternehmens langfristig gesichert sein. Das heißt, das Unternehmen muss fortan aus eigener Kraft und ohne weitere staatliche Zuwendungen bestehen können.

### Das zweite Problem

Das Land Berlin steht beim diskriminierungsfreien Verkauf der Landesbank unter besonderer Beobachtung durch die EU-Kommission. Diskriminierungsfrei bedeutet, der Verkauf muss für private und öffentliche Bieter gleichsam geöffnet sein. Man steht nun vor der Frage, wie unter diesen Voraussetzungen eine öffentlich beeinflusste Grundversorgung der Berliner im Bankensektor gesichert werden kann. Zu den Aufgaben einer Sparkasse in Deutschland gehört es gemeinwohlorientierte Pflichten wahrzunehmen. Es geht damit faktisch um den Erhalt von Leistungen wie die Präsenz in der Fläche oder das Girokonto für alle.

## Die Lösung?

Wie schafft man es jetzt die Bankengesellschaft den Auflagen der EU-Kommission entsprechend zu veräußern und gleichzeitig die Gemeinwohlinteressen der Berliner und Berlinerinnen durchzusetzen? Am unproblematischsten wäre es wohl, würde sich aus ökonomischen Gründen ein öffentlicher Käufer finden. Medienberichte der letzten Tage weisen daraufhin, dass bei den öffentlich-rechtlichen Banken ein großes Interesse zum Erwerb der Sparkasse vorhanden ist. Im Falle einer Privatisierung müssen die politischen Akteure einen Spagat wagen – zwischen Diskriminierungsfreiheit und öffentlich-rechtlichen Bindungen. Aus diesem Grund wurde durch das Abgeordnetenhaus im Mai 2006 im Sparkassengesetz festgelegt, das nach einer Veräußerung der Sparkasse die „Gemeinwohlorientierung“ erhalten bleiben muss. Des weiteren wird zur Zeit im Abgeordnetenhaus von den Fraktionen der SPD und der Linkspartei ein Antrag vorbereitet, der den Senat dazu verpflichten soll, bei Verhandlungen zur Vertragsgestaltung mit dem zukünftigen Käufer der Sparkasse u. a. darauf zu drängen, dass die Sparkasse in der Fläche erhalten bleibt und ein Girokonto für alle garantiert wird.

## Aus der BVV Treptow-Köpenick

In der BVV stand am 25.01.2007 die Beantwortung einer Großen Anfrage der NPD auf der Tagesordnung. Die Große Anfrage wurde für das Bezirksamt durch den Stellvertretenden Bürgermeister Michael Schneider (Linkspartei) beantwortet.

Frage9: Wer hat das Aufhängen des Großtransparentes „Berlin gegen Nazis“ an der Hauswand eines neben dem Busbahnhof am S-Bahnhof Schöneweide / Sterndamm befindlichen Hauses angeregt, organisiert, und durchgeführt?

Michael Schneider: „Das Bezirksamt.“

Frage 11: Auf welche Höhe beliefen sich die Ausgaben des Bezirkes Treptow-Köpenick für das Jahr 2006 insgesamt, die für Aktionen, Maßnahmen und Projekte für Demokratie und Toleranz (z. B. „Fest der Demokratie“, „Fasching gegen Rechts“, Drucksachen, Plakate, etc.) verwendet wurden?

Michael Schneider: „Das Bezirksamt hat auch im Jahre 2006 – ebenso wie der Senat von Berlin und andere Bezirke – Ausgaben für vielfältigste Maßnahmen, Aktionen und Projekte zur Förderung des demokratischen und toleranten Zusammenlebens und des bürgerschaftlichen Engagements zur Entwicklung des Gemeinwohls getätigt. Eine Gesamterfassung dieser Ausgaben würde eine umfangreiche Abfrage aller Ressorts des Bezirksamtes erfordern. Dieser Verwaltungsaufwand ist nicht gerechtfertigt. Das Bezirksamt begrüßt ausdrücklich das unter dem Motto „Für mehr Demokratie und Toleranz!“, „Keinen Fußbreit Boden den Neonazis!“ am 09.12.2006 zum Ausdruck gebrachte starke bürgerschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus.

Wie alle demokratischen Kräfte dieses Hauses, steht das Bezirksamt für ein tolerantes und friedliebendes Miteinander und gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Die Bezirksämter Treptow-Köpenick und Neukölln sind entsetzt, wenn

Neonazis und ihre Anhängerschaft durch die Straßen der beiden Bezirke marschieren und ihre scheinheiligen Parolen und menschenverachtende Weltanschauung propagieren können.

Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen in unserem Land nie wieder eine Chance haben.“

Während der Beantwortung der Großen Anfrage hielten die BVV-Mitglieder aller demokratischen Parteien Plakate mit der Aufschrift „BERLIN GEGEN NAZIS“ den NPD-Verordneten entgegen. Die Bezirksverordneten reagierten mit starkem und lang anhaltendem Beifall auf die Beantwortung der Großen Anfrage durch das Bezirksamt.

### Hintergrund:

Am 17. September 2006 wurden neben dem Abgeordnetenhaus auch die Bezirksvertretungen gewählt. Die rechtsextreme NPD schaffte den Einzug in die Bezirksverordnetenversammlungen von Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Neukölln und Treptow-Köpenick. Hier ist sie mit drei Abgeordneten - u. a. dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt - vertreten.

Die Linke.PDS stellt 16 Abgeordnete in der BVV Treptow-Köpenicks. Zusammen mit den Fraktionen der anderen demokratischen Parteien positioniert man sich entschieden gegen die Antidemokraten.